

Lügen und Verdrehungen der extrem rechten „Pro Köln“

Soll auf dem Biesterfeld in Vogelsang ein Containerdorf für Flüchtlinge entstehen? Nein! Die extrem rechte Gruppe „Pro Köln“ behauptet das. **Tatsächlich ist das Biesterfeld nicht erschlossen – kein Wasser, kein Abwasser, also für eine würdevolle Unterbringung von Menschen völlig ungeeignet.** Deshalb steht es nicht auf der städtischen Liste möglicher Standorte für die Unterbringung von Flüchtlingen.

Die extrem Rechten versuchen, mit dem uralten Drohbild vom stehlenden Zigeuner Unruhe zu schüren. Angeblich würden vor allem Roma und Sinti demnächst plündernd durch Vogelsang ziehen.

Kein Flüchtling in der Bundesrepublik kann sich dauerhaft seinen Wohnort aussuchen. Die Verteilung von Flüchtlingen wird in der Bundesrepublik nach einem festen Schlüssel vorgenommen. Flüchtlinge werden nach dem Landesgesetz zur Flüchtlingsaufnahme auf alle Kommunen und Gemeinden in NRW verteilt.

In Ehrenfeld bestehen Flüchtlingsheime in der Geisselstraße und in der Herkulesstraße. Es gibt viele Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern, die wegen der Kriege in ihren Heimatländern diese verlassen mussten.

Sie alle müssen menschenwürdig in Köln leben können. Das Recht auf Asyl soll Schutz vor Krieg und Verfolgung bieten.

Flüchtlinge haben einen Anspruch auf menschenwürdige Unterbringung. Heißen wir sie willkommen! →



Ehrenfelder Bündnis gegen Rechtsextremismus:

Atelieregemeinschaft Merten und Dietrich · Ayse Aydin, DITIB · Hanser Brandt-von Bülow, Islambeauftragter des Ev. Kirchenkreises Köln Nord · Christiane Martin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Semra Celik, DIDF Ehrenfeld · Jochem Falkenhorst, CDU · Karl-Heinz Iffland, Dipl.-Psych. und Pfarrer, Vorsitzender des Presbyteriums · Abraham Lehrer, Vorstand der Synagogen-Gemeinde · Marlis Pöttgen, FDP · Cornelia Schmerbach, SPD · Katholischer Pfarrer Heiner Schwirten, Ehrenfeld · Yesim Yesil-Bal, DIE LINKE. · Josef Wirges, Bezirksbürgermeister · Und viele weitere Ehrenfelder Bürgerinnen und Bürger. V.i.S.d.P.: Ulrike Detjen, Venloer Str. 440, 50825 Köln

Betrug: Neue Anklage gegen Uckermann

Rechtsextreme Politiker verschwiegen Einkünfte, soll zu viel Hartz IV kassiert haben

Von ROBERT BAUMANN

Köln – Die Staatsanwaltschaft hat erneut Anklage gegen Jörg Uckermann erhoben. Der Fraktions-Vize der rechtsextremen Organisation „pro Köln“ im Stadtrat hat laut Behörde 2011 und 2012 Anträge auf Bewilligung von Sozialleistungen gestellt. Dabei habe er eigene Einnahmen ver-

schwiegen, weshalb das Jobcenter ihm zu viel ausbezahlt habe.

Rund 5800 Euro Hartz IV und weitere 1700 Euro für Unterkunft und Heizung forderte das Jobcenter zurück. Der Tatvorwurf gegen Uckermann lautet „Betrug“. Der rechtsextreme Politiker bezeichnet die Vorwürfe als „Quatsch“. Übrigens: Mehr als 20 Jobangebote hatte er bekommen.

Rausgekommen war das Ganze, als Kölner Zeitungen über ein anderes Verfahren gegen Uckermann schrieben. Im Prozess hatte er angegeben, über Einkünfte von nur 800 Euro zu verfügen.

EXPRESS fragte daraufhin bei der Stadt nach Uckermanns Einkünften aus Sitzungsgeldern und sonstigen Zuwendungen: knapp unter 1000 Euro im Monat. Inklus-

sive Hartz IV kam Uckermann also auf mehr als 1700 Euro monatlich. Das Jobcenter stoppte sofort die Zahlungen, die Staatsanwaltschaft erhob nun Anklage.

Dabei wird es auch um „uneidliche Falschaussage“ (Falschangabe der Einkünfte) gehen. Gegen Uckermann und andere wird zudem wegen Betrugs bei Sitzungsgeldernprozessiert.



Hartz-IV-Betrug?
Jörg Uckermann

Express 26.9.2013

Abzocke der extrem rechten „Pro-Köln“ im Rat

Wenn „Pro Köln“ behauptet, die Armutszuwanderung bringe Köln an den Rand des finanziellen Ruins, dann ist das nicht nur gelogen, sondern auch zynisch:

Tatsächlich ist diese Wählergruppierung überhaupt nicht zimperlich, wenn es um die Abzocke städtischer Mittel geht. Im Jahr 2011 hat „Pro-Köln“ allein 200 Belege für Fraktionssitzungen zur Abrechnung bei der Stadt eingereicht. Zieht man die 75 Tage sitzungsfreie Schulferien und die Wochenenden ab, bleiben etwas über 200 Werktag – das wäre fast jeden Tag eine Fraktionssitzung. Zusätzlich rechneten die Abzocker 274 interne Arbeitskreissitzungen in einem Jahr ab. Die Rechten erhielten 2011 über 95.000 Euro aus dem Stadthaushalt – zum Vergleich: Die mit 25 Mitgliedern fünfmal so große Ratsfraktion der CDU rechnete im selben Jahr 65 000 Euro ab.

Inzwischen ist das Strafverfahren wegen bandenmäßigen Betrugs gegen die Fraktionsvorsitzende Judith Wolters und die Fraktionsmitglieder Bernd Schöppe, Jörg Uckermann sowie Markus Wiener eröffnet. Sie sollen in mehr als 350 Fällen Fraktions- und Arbeitskreissitzungen unrechtmäßig abgerechnet haben.

Das Ehrenfelder Bündnis gegen Rechtsextremismus bereitet verschiedene Aktivitäten gegen rechtsextreme Hetze und Provokationen vor, unter anderem am 1. und 8. Mai in Ehrenfeld.

Bitte beachten sie unsere weiteren Terminhinweise und werden sie auch aktiv!